# Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Land Hessen · Teil I

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>6. 8. 73</td>
<td>Verordnung zur Änderung der Hessischen Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesentschädigungsgesetz</td>
<td>315</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Andert GVBl. II 39-14</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. 8. 73</td>
<td>Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die schulpädagogische Ausbildung und die Zweite Prüfung zum Erwerb der Lehrbefähigung in musisch-technischen Fächern</td>
<td>316</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Andert GVBl. II 322-36</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. 8. 73</td>
<td>Polizeiverordnung über das hygienische Herstellen, Behandeln und Vertreiben von Speiseeis</td>
<td>317</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 355-18</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>27. 7. 73</td>
<td>Verordnung zur Durchführung des Hessischen Landschaftspflegegesetzes</td>
<td>320</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 881-13</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>30. 7. 73</td>
<td>Anordnung über die Zuständigkeit der Polizeipräsidien in Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden für Dienststellen der Schutz- und Kriminalpolizei</td>
<td>323</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 310-35</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Berichtigung</td>
<td>323</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Andert GVBl. II 210-16</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

---

**Verordnung zur Änderung der Hessischen Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesentschädigungsgesetz**

Vom 6. August 1973


**Artikel 1**


1. In der Präambel werden die Worte „von der Landesregierung und auf Grund des Art. 103 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen vom Ministerpräsidenten“ gestrichen.

2. § 10 wird aufgehoben.

**Artikel 2**


Wiesbaden, den 6. August 1973

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident

Osswald

Der Sozialminister

Dr. Schmidt

*) Andert GVBl. II 39-14
Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die schulpraktische Ausbildung
und die Zweite Prüfung zum Erwerb der Lehrbefähigung
in musisch-technischen Fächern*

Vom 1. August 1973


Artikel 1


1. § 4 erhält folgende Fassung:

§ 4
Beendigung der schulpraktischen Ausbildung

Der Anwärter ist aus der schulpraktischen Ausbildung zu entlassen,
1. wenn er sich nicht innerhalb der in § 14 Abs. 1 genannten Frist zur Prüfung meldet, sofern er nicht Gründe nachweist, die er nicht zu vertreten hat,
2. wenn er die Prüfung bestanden hat,
3. wenn er gemäß § 23 Abs. 2 von der Wiederholungsprüfung ausgeschlossen wurde,
4. wenn er die Prüfung wiederholt nicht bestanden und innerhalb von einer Woche nicht einen Antrag auf Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung gestellt hat oder
5. wenn ihm die zweite Wiederholung der Prüfung versagt worden ist.

2. § 5 erhält folgende Fassung:

§ 5
Ausbildungseinrichtungen

(1) Die schulpraktische Ausbildung erfolgt in Fachlehrer-Seminaren an den für die pädagogische Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen, für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen und für das Lehramt an Sonderschulen errichteten Studienseminaren, in didaktischen Seminaren und an Ausbildungsschulen.

(2) Sofern die Zahl der Teilnehmer die Errichtung eines Fachlehrer-Seminars nicht rechtfertigt und ein überregionales Fachlehrer-Seminar für mehrere Studienseminare nicht errichtet ist, erfolgt die Ausbildung in einem für die pädagogische Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen, für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen und für das Lehramt an Sonderschulen eingerichteten Allgemeinen Seminar.*

3. In § 6 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Pädagogischen Fachinstituten“ durch das Wort „Fachhochschulen“ ersetzt.

4. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Fachlehrer-Seminarleiter kooperieren und sind zu koordinieren mit den Allgemeinen Seminaren für die pädagogische Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen, für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen und für das Lehramt an Sonderschulen.

5. § 6 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Die Leiter der Fachlehrer-Seminare werden vom Regierungsratspräsidenten auf Vorschlag des Leiters des zuständigen Studienseminars bestellt. Der Regierungsratspräsident ist an die Vorschläge nicht gebunden.

6. § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Für die Ausbildung in den didaktischen Seminaren gilt die für die pädagogische Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen, für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen und für das Lehramt an Sonderschulen getroffene Regelung sinngemäß, sofern nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist. Erfolgt die schulpraktische Ausbildung in einem Lehrfach, das ein didaktisches Seminar als Studienseminar eingerichtet hat, der Anwärter an den Veranstaltungen dieses didaktischen Seminars teilzunehmen.

7. In § 7 Abs. 2 Satz 3, § 9 Abs. 6 Satz 1, § 14 Abs. 1, § 17 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 2 sowie in § 18 Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „Pädagogischen“ gestrichen.

8. § 9 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Der Anwärter nimmt an der Ausbildungsschule am Schulseminar für die pädagogische Ausbildung für das Lehramt an Grundschulen, für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen und für das Lehramt an Sonderschulen teil. Er wird vom Schulseminarleiter beraten.

9. In § 10 wird als Satz 2 angefügt:
„Der Wunsch des Anwärters ist nach Möglichkeit zu berücksichtigen, sofern Ausbildungswünsche des Anwärters und Unterrichtsbedarf der Schule dies zulassen.“

*) Ändert GVBl. II 322-35
10. § 13 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
   "(3) Dem bei dem Regierungspräsidenten gebildeten Prüfungsausschuss gehören an:
   1. ein vom Regierungsrätenberufenen Schulaufsichtsbeamter als Vorsitzender,
   2. der für den Prüfling zuständige Leiter des Studienseminars, bei dessen Verhinderung ein vom
      Regierungsrätenberufenen hauptamtlichen Mitarbeiter des Studienseminars,
   3. der Leiter des Fachlehrer-Seminars, bei dessen Verhinderung ein
      vom Regierungsrätenberufenen Mitarbeiter des Studienseminars,
   4. die Fachleiter der beiden vom
      Anwärter nach § 7 Abs. 2 besuchten didaktischen Seminare, bei deren Verhinderung zwei vom
      Regierungsrätenberufenen berufene Lehrer, die an der Ausbildung des
      Prüflings beteiligt waren,
   5. ein vom Regierungsrätenbetreten auf Vorschlag der zuständigen
      Spitzenorganisationen der Lehrer zu berufendes Mitglied; es muß
      die Lehrbefähigung in musisch-
      technischen Fächern besitzen."

11. In § 13 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Lehrer des Pädagogischen
    Fachinstituts“ durch das Wort „Fach-
    hochschullehrer“ ersetzt.

12. In § 13 wird als Abs. 3 angefügt:
   "(3) Der Prüfungsausschuss ist be-
     schlüssig, wenn mindestens vier
     Mitglieder anwesend sind."

13. § 14 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
   "(3) Der Leiter des Studiensemi-
    nars fügt der Meldung bei
   1. eine allgemeine Beurteilung der
      Befähigung und Eignung des Prü-
      flings, die im Benehmen mit den
      an seiner Ausbildung Beteiligten
      abzugeben ist,
   2. die beiden letzten Besichtigungs-
      berichte, von denen einer vom
      Leiter des Fachlehrer-Seminars er-
      stellt sein muß; diese Berichte
      sind in der Regel im Benehmen
      mit dem Schulexamensleiter und
      dem Fachleiter des jeweiligen di-
      daktischen Seminars zu erstellen,
   3. eine Stellungnahme zu den Vor-
      schlägen des Prüflings gemäß
      Abs. 2 Nr. 3 und 4."

14. § 14 Abs. 4 wird gestrichen.

15. § 15 wird gestrichen.

16. In § 17 Abs. 3 werden die Worte „zusammen mit der Mitteilung über
   die Zulassung“ durch das Wort
   „schriftlich“ ersetzt.

17. § 23 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.

Artikel 2
Anwärter, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung minde-
stens ein Jahr in der schulpraktischen Ausbildung sind, können auf Antrag, der
spätestens drei Monate nach Inkraft-

treten dieser Verordnung gestellt wer-

      den muß, die Zweite Prüfung nach den
      bisherigen Vorschriften ablegen.

Artikel 3
Diese Verordnung tritt am Tage nach
ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 1. August 1973

Der Hessische Kultusminister
von Friedeburg

Polizeiverordnung
über das hygienische Herstellen, Behandeln und
Vertreiben von Speiseei*"

Vom 2. August 1973

Auf Grund des § 35 Abs. 1 und des
§ 40 des Hessischen Gesetzes über die
öffentliche Sicherheit und Ordnung
(HSOG) in der Fassung vom 26. Januar
1972 (GVBl. I S. 24), geändert durch Ge-
setz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 160),
will im Einvernehmen mit dem Minister

des Innern für das Land Hessen verord-

et:

§ 1
(1) Die Vorschriften dieser Verord-

nung gelten für das gewerbliche Her-

stellen, Behandeln und Vertreiben von
Speiseeisansätzen und Speiseei.

(2) Behandeln ist das Zubereiten, Ver-
packen, Abmessen, Aufbewahren und
Befördern.

(3) Vertreiben ist das Anbieten, zum
Verkauf vortätig halten, Feilhalten,
Verkaufen oder sonst in den Verkehr bringen.

(4) Die Vorschriften für das Aufbewahren gelten auch für Ausgangsstoffe und Zutaten, die zum Herstellen von Speiseeisansätzen oder Speiseeis bestimmt sind.

§ 2

(1) Speiseeisansätze und Speiseeis dürfen nur in Räumen von folgender Beschaffenheit hergestellt, zubereitet oder verpackt werden:
   1. sie müssen sauber und frei von fremden Gerüchen sein,
   2. sie dürfen nicht zu Zwecken benutzt werden, welche die Beschaffenheit von Rohstoffen oder Speiseeis beeinträchtigen oder zu Verunreinigungen der Räume führen können,
   3. sie müssen ausreichend hell, be- und entlüftbar sein,
   4. der Fußboden muß eine glatte Oberfläche haben und wasserundurchlässig sein,
   5. die Wände müssen bis zu einer Höhe von 1,5 m mit einem abwaschfesten hellen Anstrich, Belag oder Verputz versehen sein,
   6. in der Nähe der Herstellungsräume muß ein Raum mit ausreichenden Waschgelegenheiten befinden.

(2) Speiseeisansätze und Speiseeis dürfen nur in Räumen aufbewahrt werden, die den Anforderungen des Abs. 1 Nr. 1 und 2 entsprechen.

(3) Verbindungstüren der Arbeits-, Lager- und Verkaufsräume zu anderen Räumen sind geschlossen zu halten.

§ 3

(1) In Arbeits-, Lager- und Verkaufsräumen dürfen Tiere nicht geduldet werden.


(3) Hunde dürfen nur vorübergehend in dem von Kunden benutzten Teil der Verkaufsräume geduldet werden, wenn sie angeleint sind.

§ 4

(1) In Betrieben, in denen Speiseeis hergestellt und behandelt wird, muß ausschließlich Wasser mit Trinkwasserqualität verwendet werden.

(2) Zum Herstellen, Behandeln und Vertreiben von Speiseeisansätzen und Speiseeis dürfen nur Gefäße und Geräte verwendet werden, die
   1. sauber, hygienisch einwandfrei und leicht abwaschbar sind,

(5) Die nach Abs. 2, 3 und 4 vorgeschriebenen Temperaturen sind ständig mit Thermometern zu überwachen.

(6) Für das Herstellen und Behandeln von Speiseeisansätzen findet Abs. 1 entsprechende Anwendung.

§ 7

(1) Es ist verboten, Speiseeis in den Verkehr zu bringen, wenn es

1. in einem Milliliter mehr als 100 coliforme Bakterien, einschließlich Escherichia coli, oder

2. in einem Milliliter mehr als 150 000 aerobe mesophile Bakterien enthält. Bei Erzeugnissen, deren fettfreie Milch- trockenmasse ausschließlich aus fermentierten Milcherzeugnissen stammt, werden die Bakterien nicht berücksichtigt, die für die Herstellung dieser Milcherzeugnisse notwendig sind.

(2) Die Vorschriften des Lebensmittelgesetzes bleiben unberührt.

§ 8

(1) Wer Speiseeisansätze oder Speiseeis herstellt, behandelt oder vertreibt, muß sauber gekleidet sein. Er hat saubere Schutzkleidung zu tragen, wenn er Speiseeisansätze oder Speiseeis herstellt, zubereitet oder verpackt.

(2) Speiseeis darf auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder ohne vorhergehende Bestellung von Haus zu Haus nur in abgeberfertigen und staubdichten Packungen abgegeben werden, es sei denn, daß Speiseeis unmittelbar aus Wiesehäuschen oder durch Wagen des nicht stehenden Gewerbes verkauft wird, deren Räumlichkeiten den Anforderungen des § 2 entsprechen.

§ 9

Die für die Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln örtlich zuständige Verwaltungsbehörde kann für bestimmte Veranstaltungen (z. B. Messen, Kirmes, Jahrmärkte, Volksfeste) und in Einzelfällen Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 Abs. 1 Nr. 6 und des § 8 Abs. 2 zulassen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß der Speiseeisbetrieb hygienisch einwandfrei erfolgt.

§ 10

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Speiseeisansätze oder Speiseeis in Räumen herstellt, zubereitet, verpackt oder aufbewahrt, die den Bestimmungen des § 2 nicht entsprechen,

2. entgegen § 3 Abs. 1 in Arbeits-, Lagerräumen Tiere duldet oder entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 Nagetiere oder Insekten nicht oder unverzüglich beseitigt,

3. entgegen § 4 Abs. 1 in Betrieben, in denen Speiseeis hergestellt oder behandelt wird, nicht ausschließlich Wasser mit Trinkwasserqualität verwendet,

4. zum Herstellen, Behandeln oder Verbreiten von Speiseeisansätzen oder Speiseeis Gezüge, Geräte, Verpackungen oder Einrichtungen verwendet, die den Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 7, § 5 oder § 8 Abs. 2 nicht genügen,

5. Backwerk entgegen § 4 Abs. 7 nicht ordnungsgemäß aufbewahrt,


(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu ein tausend Deutschen Mark geahndet werden.

§ 11


(2) Die Landkreise und kreisfreien Städte können ergänzende Polizeiverordnungen zu den Vorschriften dieser Polizeiverordnung erlassen.

§ 12

(1) Diese Verordnung tritt mit Ausnahme von § 6 Abs. 2 am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) § 6 Abs. 2 tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Wiesbaden, den 2. August 1973

Der Hessische Sozialminister
Dr. Schmidt

3) GVBl. II 355-15
Verordnung zur Durchführung des Hessischen Landschaftspflegegesetzes

Vom 27. Juli 1973

Auf Grund des § 17 des Hessischen Landschaftspflegegesetzes vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 126) wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, dem Minister der Finanzen, dem Minister für Wirtschaft und Technik, dem Sozialminister und der Obersten Landesplanungsbehörde verordnet:

**ERSTER ABSCHNITT**

**Erhaltung und Rekultivierung**

Zu § 4 Abs. 2 und § 10 des Gesetzes:

§ 1

Wesentliche Beeinträchtigung


§ 2

Antragstellung

(1) Anträge auf Genehmigung nach § 10 des Gesetzes sind vom Bauherrn oder Betreiber bei der nach § 13 Abs. 1 oder § 10 Abs. 7 des Gesetzes zuständigen Behörde einzureichen. Dem Antrag sind die im § 10 Abs. 2 des Gesetzes verlangten Unterlagen beizufügen. Sie sind durch einen Erläuterungsbericht zu ergänzen.

(2) Der Erläuterungsbericht hat über Art, Dauer und Umfang des Eingriffes sowie über die nachfolgende Gestaltung und Rekultivierung Auskunft zu geben. Der Bericht muß alle aus den Karten und Zeichnungen nicht ersichtlichen, aber zum Verständnis wichtigen Angaben enthalten.

(3) Die großräumige Lage des Eingriffes ist auf einer topographischen Karte 1 : 25 000 darzustellen.

(4) Der Lageplan ist auf der Grundlage der amtlichen Flurkarte (Kataster) anzufertigen. Er muß insbesondere enthalten:
   1. Lage und Größe der durch den Eingriff in Anspruch genommenen sowie der benachbarten Grundstücke,
   2. die katastermäßigen Grenzen und Bezeichnungen,
   3. die Eigentumsverhältnisse dieser Flächen,
   4. eine Darstellung der Höhenschichtung.

Im Lageplan ist auch die nähere Umgebung so darzustellen, daß eine landschaftsbezogene Beurteilung des Eingriffs möglich ist.

(5) Aus dem Nutzungs- und Abbauplan muß insbesondere folgendes ersichtlich sein:
   1. vorhandener Bewuchs an Bäumen und Sträuchern,
   2. Grundwasserverhältnisse,
   3. vorgesehener Eingriff,
   4. Lage und Beschreibung aller im Zusammenhang mit dem Nutzungs- bzw. Abbauvorgang zu errichtenden Bauwerke und Maschinenanlagen,
   5. Einteilung des Abbaugeländes in Abbauabschnitte,
   6. Sicherheitsstreifen an den Grundstücksgrenzen,
   7. Ausformung der Rand- oder Uferzonen des Nutzungs- oder Abbaugeländes,
   8. Lage und Ausdehnung der Lagerplätze für Abraum und Mutterboden sowie Massenberechnungen über deren Anfall,

(6) Aus dem Gestaltungs- und Rekultivierungsplan muß insbesondere ersichtlich sein:
   1. vorgesehene Nutzung des Geländes,
   2. Neugestaltung insbesondere für Zwecke der Freizeit und Erholung,
   3. Lage, räumliche Ausdehnung und Beschreibung der geplanten Einrichtungen,
   4. vorhandener, zu belassender und zu beseitigender Bewuchs an Bäumen und Sträuchern,
   5. Einbau des Abraummaterials mit neuer Höhenschichtung,
   6. Mutterbodenandeckung,
   7. Bepflanzung,
   8. Kostenvoranschlag,
   9. zeitliche Durchführung.

(7) Die zuständige Behörde kann die Einreichung weiterer Unterlagen verlangen oder auf einzelne der in Abs. 4 bis 6 geforderten Angaben verzichten.

**ZWEITER ABSCHNITT**

**Pflegepflicht**

Zu § 5 Abs. 1 des Gesetzes:

§ 3

Mindestanforderungen an die Pflegepflicht

(1) Die Pflegepflicht nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes ist erfüllt, wenn
1. der Baum- und Strauchauftwuchs
   a) verhindert oder auf den im Landschaftsplan festgelegten Umfang
      beschränkt wird und
   b) die standortgemäße Gras- und Krautvegetation begründet, gefördert
      und erhalten wird oder
2. ein Zustand herbeigeführt und aufrechterhalten wird, der dem einer
   landwirtschaftlich genutzten Fläche entspricht.

(2) Aus dem Landschaftsplan nach § 3 Abs. 5 des Gesetzes ergibt sich, welche
   der in Abs. 1 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sein muß.

§ 4
Finanzielle und persönliche Gründe
(1) Finanzielle Gründe, aus denen ein pflegepflichtiger Eigentümer seinen
   Verpflichtungen nicht nachkommen kann, liegen insbesondere vor, wenn es im
   Hinblick auf seine Einkommens- und Vermögenslage ihm nicht zumutbar ist,
   seiner Pflegepflicht nachzukommen.
(2) Persönliche Gründe, aus denen ein pflegepflichtiger Eigentümer seinen
   Verpflichtungen nicht nachkommen kann, liegen insbesondere vor, wenn der
   Eigentümer durch Krankheit oder Gebrächen langfristig verhindert ist, das
   Grundstück zu pflegen und es ihm nicht zumutbar ist, das Grundstück durch
   einen anderen pflegen zu lassen.

§ 5
Erwerb
(1) Der Antrag auf Erwerb des Grundstücks ist an das Amt für Landeskultur
    zu richten, in dessen Bezirk das Grundstück liegt.
(2) Der Verkehrswert des Grundstücks wird nach den Bestimmungen des
    § 141 Abs. 2 Bundesbaugesetz ermittelt.

Dritter Abschnitt
Pflegegenossenschaft
Zu §§ 5 und 6 des Gesetzes:

§ 6
Bildung einer Pflegegenossenschaft
(1) Wird der Zusammenschluß von Pflegepflichtigen für erforderlich gehalten,
    gibt das zuständige Amt für Landeskultur den Pflegepflichtigen auf, sich
    innerhalb einer bestimmten angemessenen Frist über einen freiwilligen Zusam-
    menschluß im Rahmen des § 5 Abs. 2 und des § 12 des Gesetzes zu einigen. Kommt
    innerhalb der gesetzten Frist keine Einigung zustande, so kann der Minister für
    Landwirtschaft und Umwelt den Zusammenschluß zu einer Pflegegenossenschaft
    anordnen; er macht die Anordnung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen
    bekannt.
(2) Das Amt für Landeskultur lädt die Pflegepflichtigen zu einer ersten Genos-
    senschaftsversammlung ein und schlägt eine Satzung zur Annahme vor. Leiter
der Versammlung ist bei Gemeinden mit Magistratsverwaltung das vom Geme-
indevorstand bestimmte Gemeindevorstandsmitglied, in den übrigen Ge-
meinden der Bürgermeister, als Notvorstand. Bis zur Wahl eines Vorstandes
führt der Notvorstand die Geschäfte der Pflegegenossenschaft. Liegen die Grund-
stücke der Pflegepflichtigen in verschiedenen Gemeinden, Landkreisen oder
Regierungsbezirken, so bestimmt die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde,
welche Gemeinde für die Geschäfte des Notvorstandes zuständig ist. Zuständige
Kommunalaufsichtsbehörde in diesen Fällen ist
1. der Landrat, wenn die Grundstücke ausschließlich in mehreren seiner Auf-
   sicht unterstehenden Gemeinden liegen,
2. der Regierungspräsident, wenn die Grundstücke in Gemeinden mehrerer
   Landkreise seines Bezirks liegen,
3. der Minister des Innern, wenn die Grundstücke in mehreren Regierungs-
   bezirken oder in der Stadt Frankfurt am Main oder in der Landeshaupt-
   stadt Wiesbaden liegen.
(3) Wird die von dem Amt für Landeskultur vorgeschlagene Satzung un-
    verändert angenommen, gilt sie als genehmigt. Wird keine Satzung beschlos-
    sen oder die beschlossene Satzung nicht genehmigt, kann das Amt für Landes-
    kultur eine Satzung für die Pflegegenossenschaft erlassen.

§ 7
Mindestanforderungen an die Satzung
Die Satzung der Pflegegenossenschaft hat insbesondere Bestimmungen zu tref-
fen über
1. Sitz,
2. Organe, mindestens Vorstand und Genossenschaftsversammlung,
3. Aufgaben des Vorstandes und der Genossenschaftsversammlung,
4. Berufung und Durchführung der Genossenschaftsversammlung,
5. Berechnung des Stimmrechts der Genossen,
6. Beschlüfsfähigkeit und Abstimmung der Genossenschaftsversammlung,
7. Aufstellung des Haushaltsplanes,
8. Aufbringung der Mittel,

§ 8
Arbeitsweise
(1) Der Vorstand hat ein Verzeichnis der Genossen unter Angabe ihrer Flä-
    chenbeteiligung aufzustellen und zu führen.
(2) Für alle Einnahmen und Ausgaben stellt der Vorstand für jedes Rechnungs-
    jahr einen Haushaltsplan auf. Die Genossenschaftsversammlung setzt den
    Haushaltsplan fest. Der festgesetzte Plan
ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben. Der festgesetzte Haushaltsplan ist durch den Vorstand dem Amt für Landeskultur mitzuteilen.

(3) Die Pflegegenossenschaft stellt für jedes Rechnungsjahr rechtzeitig einen Pflegeplan auf, aus dem Art, Umfang und Ablauf der Pflegemaßnahmen hervorgehen. Wird der Pflegeplan nicht rechtzeitig aufgestellt, so kann das Amt für Landeskultur im Einvernehmen mit dem zuständigen Landwirtschaftsamt einen Pflegeplan für die Pflegegenossenschaft auf deren Kosten aufstellen und festsetzen.


§ 9
Umlagen
Die Mittel für die Genossenschaft werden durch Umlagen aufgebracht. Ihre Höhe wird jährlich im Haushaltsplan festgesetzt.

§ 10
Auflösung der Pflegegenossenschaft
(1) Der Minister für Landwirtschaft und Umwelt kann die Pflegegenossenschaft nach ihrer Anhörung auflösen, wenn ihr Fortbestehen nicht mehr erforderlich ist.

(2) Der Minister macht die Auflösung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen bekannt. Das Amt für Landeskultur fordert die Gläubiger öffentlich zur Anmeldung ihrer Ansprüche auf.


(4) Der Vorstand teilt den bekannten Gläubigern die Auflösung besonders mit und fordert sie zur Anmeldung ihrer Forderungen auf.

(5) Der Vorstand beendigt die laufenden Geschäfte, zieht die Forderungen ein, setzt das übrige Vermögen in Geld, befriedigt die Gläubiger und verteilt den Überschuß unter die Anfallberechtigten. Zur Beendigung schwebender Geschäfte kann der Vorstand auch neue Geschäfte eingehen.

(6) Der Überschuß darf den Anfallberechtigten nicht vor Ablauf eines Jahres nach der Bekanntmachung der Auflösung übergeben werden. Solange eine Verbindlichkeit streitig ist oder nicht be richtigt werden kann, darf der Überschuß den Anfallberechtigten nur übergeben werden, wenn dem Gläubiger Sicherheit geleistet ist.

(7) Meldet sich ein bekannter Gläubiger nicht, so ist das Geschuldet für den Gläubiger zu hinterlegen, wenn die Berechtigung zur Hinterlegung besteht.

VIERTER ABGESCHNITT
Förderung der Land- und Forstwirtschaft
Zu § 7 des Gesetzes:

§ 11
Land- und forstwirtschaftlicher Beitrag
Als land- und forstwirtschaftlicher Beitrag im Sinne des § 7 Abs. 1 des Gesetzes gilt die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung von Flächen.

§ 12
Gezielte Förderung
(1) Die Förderung im Sinne des § 7 des Gesetzes umfaßt finanzielle Hilfen für flächenwirksame Maßnahmen der Land- und Forstwirtschaft.

(2) Andere Maßnahmen im Sinne von § 7 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes schließen eine Förderung aus, wenn sie für sich allein ausreichen, den land- und forstwirtschaftlichen Beitrag im Sinne des § 11 nachhaltig zu sichern.

§ 13
Abgegrenzte Gebiete
Als abgegrenzte Gebiete im Sinne des § 7 Abs. 2 des Gesetzes sind solche Gebiete anzusehen, die nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes dargestellt oder nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes sichergestellt sind, soweit der Minister für Landwirtschaft und Umwelt keine andere Abgrenzung vornimmt. Die andere Ab grenzung ist im Staats-Anzeiger für das Land Hessen bekanntzumachen.

FUNFTER ABGESCHNITT
Schlußvorschriften

§ 14
Inkrafttreten
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 27. Juli 1973

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Dr. Best
Anordnung
über die Zuständigkeit der Polizeipräsidienten in Darmstadt,
Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden
für Dienststellen der Schutz- und Kriminalpolizei

Vom 30. Juli 1973


§ 1
Es werden eingegliedert:
1. a) das Polizeikommissariat des Landrats des Landkreises Darmstadt mit den Polizeistationen Griesheim, Ober-Ramstadt und Pfungstadt
b) das Polizeikommissariat des Landrats des Landkreises Dieburg mit der Polizeistation Ober-Roden
c) das Staatliche Kriminalkommissariat Darmstadt des Regierungspräsidenten in Darmstadt in die Behörde des Polizeipräsidien-
ten in Darmstadt,
2. a) das Polizeikommissariat des Landrats des Main-Taunus-Kreises mit den Polizeistationen Kelkheim, Main-Taunus-Ost und Main-Taunus-West
b) das Staatliche Kriminalkommissariat Hofheim a. Ts. des Regie-
grungspräsidenten in Darmstadt in die Behörde des Polizeipräsidien-
ten in Frankfurt am Main,
3. a) das Polizeikommissariat des Landrats des Landkreises Kassel mit den Polizeistationen Baunatal, Hofgeismar und Wlophagen
b) das Kriminalkommissariat des Landrats des Landkreises Kassel in die Behörde des Polizeipräsidien-
ten in Kassel,
4. a) das Polizeikommissariat des Landrats des Landkreises Offenbach mit den Polizeistationen Klein-Auheim, Langen, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Seligenstadt und Spredlingen
b) das Staatliche Kriminalkommissariat Offenbach am Main des Regierungspräsidenten in Darmstadt in die Behörde des Polizeipräsidien-
ten in Offenbach am Main,
5. a) das Polizeikommissariat des Landrats des Rheingaukreises mit der Polizeistation Eltville am Rhein
b) das Polizeikommissariat des Landrats des Untertaunuskreises mit der Polizeistation Idstein
c) das Staatliche Kriminalkommissariat Wiesbaden des Regierungs-
präsidenten in Darmstadt in die Behörde des Polizeipräsidien-
ten in Wiesbaden.

§ 2

Wiesbaden, den 30. Juli 1973

D e r  H e s s i s c h e  M i n i s t e r  d e s  I n n e r n
B i e l f e l d

Berichtigung

Betreff: Neufassung der Anlage zum Ge-
crichtsorganisationsgesetz vom 2. Juli 1973 (GVBl. I S. 209*)

Auf Seite 210 muß die Überschrift „III. Amtsgericht Königstein“ richtig heißen „III. Amtsgericht Königstein i. Ts.“

*) Andert GVBl. II 210-16

Fortlaufender Beruf durch die Postanstalten. Der Besuchspreis beträgt jährlich 29,80 DM einschließlich 1,55 DM Mehrwertsteuer. Einzelstöße können vom Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Honnef v. d. H. 1, Postfach 22 47, bezogen werden. Die vorliegende Ausgabe Nr. 21 kostet — 70 DM zusätzl. — 50 DM Versandkosten einschließlich 5,5% Mehrwertsteuer. Herausgegeben von der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. — Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Honnef vor der Höhe 1, Postfach 22 47, Ritz. Sammelabs. (8 61 72) 2 50 50, Postcheck-Konto: Dr. Max Gehlen 239 48, Frankfurt (Main). Druck: Werk- und Feindruckerei Dr. Alexander Kreis, Bad Honnef vor der Höhe, Heimsbach (Bergstr.)

Die Auslieferung von Einzelstücken alterer Ausgaben erfolgt auch dann durch den Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Honnef vor der Höhe 1, Postfach 22 47, wenn der Wiesbadener Käufer als Verlag angegeben ist.
Schluß mit dem Wühlen!

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich selbst oder bei Ihren Mitarbeitern beklagt, daß Sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

Vielleicht haben Sie ein gutes Büro, wo man alle Gesetzesänderungen in die älteren Texte, die bei Ihnen sorgfältig abgelegt sind, überträgt — vorausgesetzt, daß die Mitarbeiter nicht so überlastet sind oder Sie nicht mit neuen unzureichenden Kräften arbeiten müssen, damit das alles in Ordnung geht.

Deswegen hat die Hessische Staatsregierung da Abhilfe geschaffen, indem sie durch eine berufene Persönlichkeit, die lange Zeit nur damit befaßt war, das Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil II, herausbringen lassen.

In diesem großen Werk sind nicht nur alle Rechtsvorschriften, die seit Jahrhunderten in den verschiedenen Teilen, aus denen sich Hessen zusammensetzt, erlassen wurden und die noch Gültigkeit haben, zusammengefaßt worden, wobei man auf einen Bruchteil der früheren Bestimmungen gekommen ist; vor allem werden hier alle neuen Gesetze und Verordnungen sowie jede Änderung einer früheren Rechtsvorschrift so gebracht, daß der Benutzer stets das Gesetz, die Verordnung in der heute gültigen Fassung vor sich liegen und jederzeit zur Hand hat.

Jetzt braucht man Neuerungen, die manchmal nur ein Wort, oft aber ganze große Paragraphen ausmachen, nicht mehr in das alte Stück einzutragen. Der nun endgültige Text jeder Rechtsvorschrift liegt hier griffbereit in der letzten Fassung vor.

Das Ganze ist in mehreren Ordnern zusammengefaßt, so daß alles leicht aufgefunden werden kann. In der Zeit des Personalmangels war diese Regelung notwendig und ist allgemein begrüßt worden.

Sollten Sie diese Ausgabe noch nicht besitzen, die Sie natürlich laufend nachbeziehen können, so schreiben Sie an den Verlag. Er schickt Ihnen gerne genaue Unterlagen.

VERLAG DR. MAX GEHLEN
6380 Bad Homburg vor der Höhe • Postfach 22 47